

Abenteuerliche Allianzen

von Thomas Stukenberg

Die Wahlkommission hat den nächsten Unterhauswahlen (Lok Sabha) sowie Wahlen in sechs Unionsstaaten zugestimmt - die Termine stehen jedoch noch nicht genau fest. Im nachfolgenden Artikel betrachtet der Autor vor allem die politische Lage im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh.

Politische Beobachter in Indien konstatieren, daß sich erst seit der Zeit zwischen 1993 und 1995 - eine Phase, in der in sechzehn Unionsstaaten Wahlen durchgeführt wurden - eine echte Mehrparteiendemokratie in Indien zu etablieren beginnt. Bis dahin hatte die 'Congress'-Partei nicht nur nahezu ununterbrochen regiert; das ganze politische System hatte sich praktisch um den Gravitationspunkt 'Congress' bewegt, sodaß eine funktionsfähige und vom 'Congress' unabhängige Opposition nicht existierte.

Seit 1993 wurden auf Bundesstaatenebene Versuche unternommen, teilweise sehr instabile Koalitionen mit recht abenteuerlichem Zuschnitt zu schmieden. Diese Entwicklungen und auch der Aufstieg der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) können nicht nur als Zeichen des Niedergangs des 'Congress', sondern auch als Geburtswehen einer echten Mehrparteiendemokratie gewertet werden. Ob dies auch zur Schwächung der Zentralmacht in Delhi und zur Stärkung des föderalen Systems beitragen wird, bleibt abzuwarten.

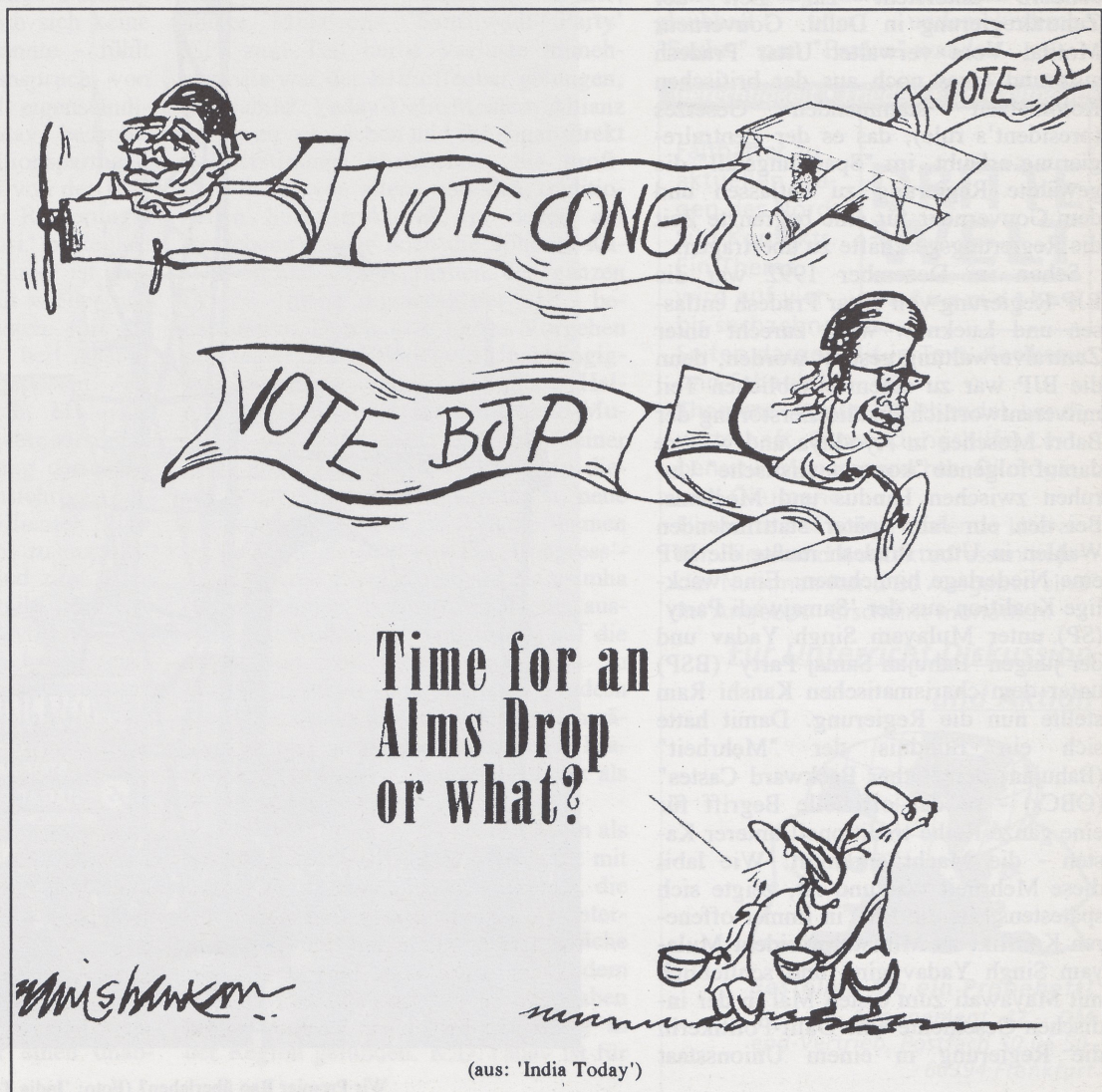
Während die Wahlen in den 70er und 80er Jahren in fast allen Unionsstaaten noch überwiegend Plebiszite für oder gegen 'Congress', also zentralstaatlich dominiert waren, spielen seitdem regionale Fragen eine immer stärkere Rolle - auch wenn sie neuerdings wieder durch indienweite Korruptionsskandale oder einen 'Hindutva'-Nationalismus überlagert werden, der zum Teil eine Antwort auf die als Bedrohung wahrgenommene Weltmarkt-Integration des Landes zu sehen ist. Dementspre-

chend ist auch die ideologische Bandbreite der in den Parlamenten vertretenen Parteien stetig gewachsen. Hierdurch bekamen seit 1993 Kasten und Gesellschaftsschichten die Chance zu politischem Einfluß, die zuvor niemals eine entscheidende politische Rolle gespielt hatten, so vor allem die "Other Backward Castes" in Bihar und Uttar Pradesh. Mit diesem wachsenden politischen Einfluß der Dalits und anderer Niederkastigen ging deren wachsendes Selbstbewußtsein als 'Community' einher (siehe dazu auch 'Südasiens', 7/94).

Drückte sich Kastenidentität bisher bei Wahlen dadurch aus, daß auf lokaler

Ebene die Kandidaten gewählt wurden, die der eigenen Kaste angehörten - und zwar unabhängig von der Parteizugehörigkeit - so entwickelten sich seit 1993 zum ersten Mal Perspektiven für regionale und überregionale Kastenidentitäten, die sich in entsprechendem Wählerverhalten ausdrückten. Doch die Erfahrung der letzten Monate hat gezeigt, daß die neuen Allianzen, auf die die unteren Kasten zum Machterhalt noch angewiesen sind, zu zerbrechlich sind, um "revolutionären" Träumen Anlaß zu geben.

Die Wahlkämpfe auf Unionsebene laufen schon seit einem knappen halben Jahr, Premierminister Rao werden aber



erst seit relativ kurzer Zeit Pläne für eine Koalition mit der hinduistisch-nationalen BJP nachgesagt. Auch in den Unionsstaaten tauchen neuerdings - wie im bevölkerungsreichsten Unionsstaat Uttar Pradesh, der sicherlich eine Schlüsselrolle in der indischen Politik spielt - Anzeichen auf, die, nach den sehr instabilen Interimsregierungen der letzten Jahre, auf teilweise recht abenteuerliche Koalitionsversuche für die nächsten 'state assembly elections' schließen lassen. Ähnlich unsicher ist die Situation im südöstlichen Bundesstaat Andhra Pradesh nach dem Tod des populären Ex-Filmstars und Chief Ministers N.T. Rama Rao (populär NTR), Führer der regionalen 'Telugu Desam Party' (TDP): Innerhalb seiner Familie tobt ein Machtkampf um sein politisches Erbe und welche Fraktion seiner Partei in welchen Koalitionen aus diesen Streitigkeiten als Sieger hervorgehen wird, ist noch lange nicht abzusehen.

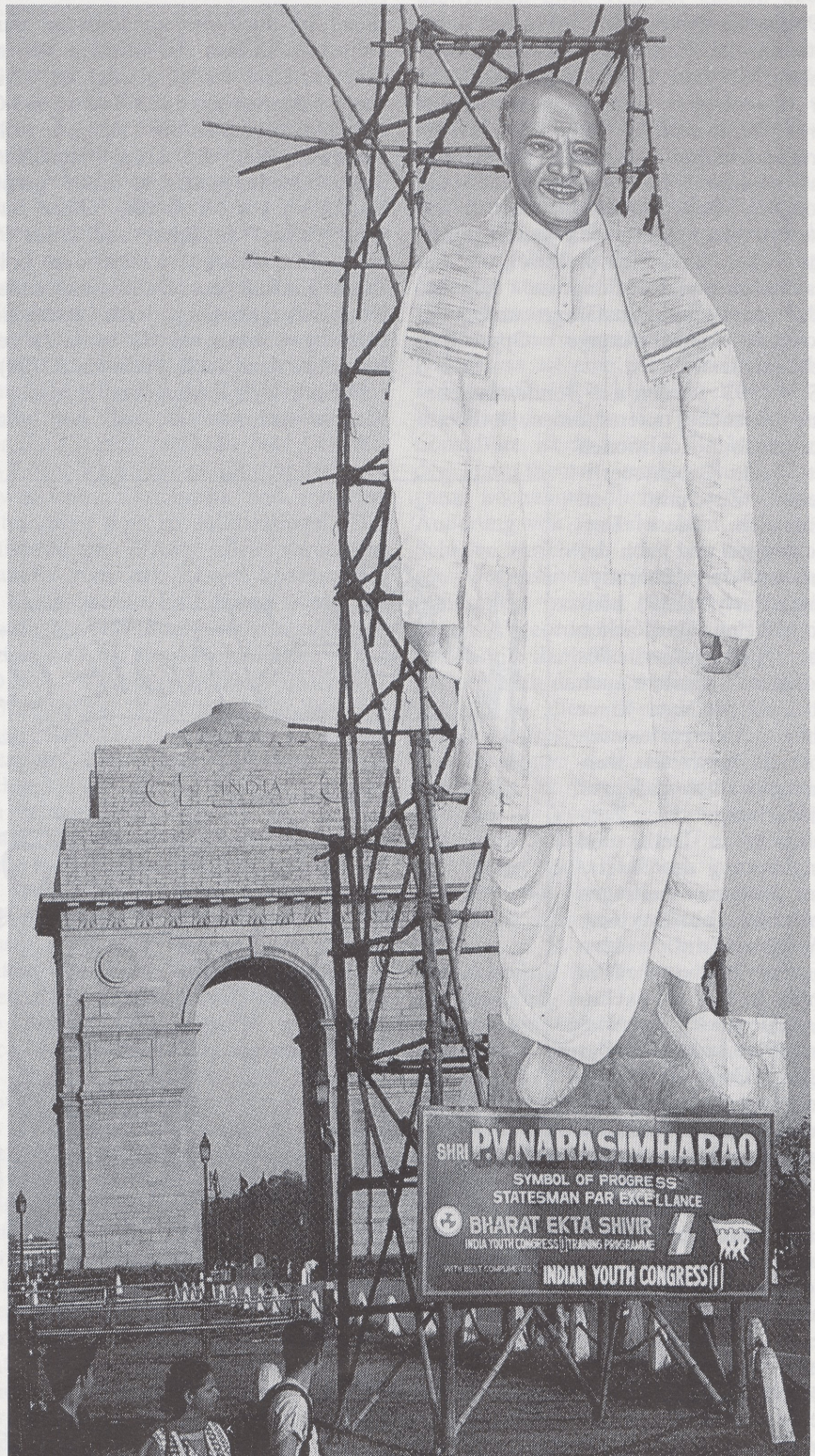
Unklare Perspektiven in Uttar Pradesh

Uttar Pradesh wird zur Zeit zum zweiten Mal innerhalb von vier Jahren nicht aus seiner Hauptstadt Lucknow regiert, sondern untersteht zur Zeit der Zentralregierung in Delhi. Gouverneur Motilal Vora verwaltet Uttar Pradesh aufgrund eines noch aus der britischen Kolonialzeit stammenden Gesetzes (president's rule), das es der Zentralregierung erlaubt, im "Spannungsfall" die gewählte Regierung zu entlassen und dem Gouverneur für eine begrenzte Zeit die Regierungsgeschäfte zu übertragen.

Schon im Dezember 1992 war die BJP-Regierung von Uttar Pradesh entlassen und Lucknow wohl zurecht unter Zentralverwaltung gestellt worden, denn die BJP war zu einem erheblichen Teil mitverantwortlich für die Zerstörung der Babri Moschee in Ayodhya und weitere darauf folgende "kommunalistische" Unruhen zwischen Hindus und Moslems. Bei den ein Jahr später stattfindenden Wahlen in Uttar Pradesh mußte die BJP eine Niederlage hinnehmen: Eine wackelige Koalition aus der 'Samajwadi Party' (SP) unter Mulayam Singh Yadav und der jungen 'Bahujan Samaj Party' (BSP) unter dem charismatischen Kanshi Ram stellte nun die Regierung. Damit hatte sich ein Bündnis der "Mehrheit" (Bahujan) der "Other Backward Castes" (OBCs) - so der offizielle Begriff für eine ganze Reihe traditionell unterer Kasten - die Macht erkämpft. Wie labil diese Mehrheit war und ist, zeigte sich spätestens, als die BSP in immer offeneren Konflikt zu Ministerpräsident Mulayam Singh Yadav ging und schließlich mit Mayawati zum ersten Mal in der indischen Geschichte eine Dalit-Politikerin die Regierung in einem Unionsstaat

übernahm. Mayawati war dabei jedoch auf die stillschweigende Duldung durch die BJP angewiesen - deren traditionelle Klientel gerade nicht die OBCs oder Dalits, sondern die etablierten Hindu-Kasten sind. Taktik der BJP, die im Gegensatz zur 'Congress'-Partei nicht auf Stimmen der Moslems rechnen konnte, war es, für eine stärkere Basis unter den Hindus zu werben, wofür sie die Einheit aller Hindus, ungeachtet von Kastenu-

terschieden, propagieren mußte: "Wer in erster Linie Hindu ist, sollte nicht gemäß seiner Kastenzugehörigkeit wählen", beschwört Ashok Singhal, Generalsekretär des der BJP nahestehenden 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP; Weltrat der Hindus). "Die Spaltung der Hindus aufgrund der Kastenzugehörigkeit verhilft den Moslems zur Macht." In Uttar Pradesh ist diese Taktik nicht aufgegangen, da BJP-Lokalpolitiker in vielen Distrik-



Wir Premier Rao überleben? (Foto: 'India Today')

ten zu sehr Wahlkampf für die oberen Kasten machten.

Nach Mayawatis Regierungsübernahme hatten Beobachter Unruhen im ganzen Staat vorausgesagt. Diese blieben zwar aus, die Instabilität der Regierung Mayawati führte jedoch schließlich zu ihrem Scheitern, als die BJP ihr die Unterstützung entzog. Mayawati hatte sich geweigert, allen Wünschen der BJP bei der Besetzung der Ministerposten nachzukommen. Angesichts der Unmöglichkeit, nun eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden, sah sich die Zentralregierung wiederum gezwungen, per 'Presidents's Rule' Gouverneur Vora mit den Regierungsgeschäften zu beauftragen.

Quotenstreit neu entbrannt

Verlierer des Spektakels scheint zur Zeit Mulayam Singh Yadav zu sein, der sich weder von der BJP noch vom 'Congress' oder von Gouverneur Motilal Vora Unterstützung erhoffen kann. Die BJP ist auf Mulayam schlecht zu sprechen, da sie der SP-BSP-Allianz ihre Wahlnerderlage von 1993 zu verdanken hatte. Die 'Congress'-Partei - ohne deren zumindest stillschweigende Duldung bisher auch in Uttar Pradesh sich keine Regierung lange halten konnte - fühlt sich in ihrem Allmachtsanspruch von dem unberechenbaren und eigenständigen Mulayam Singh Yadav bedroht. Mulayams ehemalige Koalitionspartner - Kanshi Ram und Mayawati von der BSP - werfen ihm vor, in seiner Regierungszeit "Verbrecher und Mafiosi" protegiert zu haben. Politisch bedeutsamer ist aber der seit Mulayams Amtszeit wieder neu entbrannte Streit um Quoten für die "Other Backward Castes" bei Ausbildungsstellen und Regierungsposten. Aus der Opposition heraus sucht Mulayam neuerdings auch mit Gouverneur Vora aufgrund der Quotenregelung den Konflikt und versucht so offensichtlich, unter seiner angestammten Klientel Stimmung für seine Wiederwahl zu machen. Hintergrund des Streites sind zum einen die unterschiedlichen Anteile, die die jeweiligen Kasten an der Bevölkerung in verschiedenen Landesteilen haben, zum anderen die offizielle Eingruppierung der Yadav-Kaste, zu der auch Mulayam gehört, zu den förderungswürdigen OBCs. Gouverneur Vora hatte verordnet, die Einkommensschwelle für die Zugehörigkeit zu den OBCs von einer Millionen Rupien (etwa 40.000 DM) jährlich auf 100.000 Rupien zu senken, die Bevölkerung der "rückständigen" Gebirgsregionen im Norden Uttar Pradeshs dagegen vollständig als OBCs einzustufen. Durch die Zugeständnisse an die Gebirgsbewohner, unter denen es eine starke Bewegung für einen unab-

hängigen Unionsstaat Uttarkhand gibt, soll die Region wieder stärker in Uttar Pradesh integriert werden. In der Folge konnten auch viele der mit der Zeit zu einigem Wohlstand gekommenen Yadavs nicht mehr in den Genuß der Quotenregelung kommen. Mulayam, dem nachgesagt wird, die Quotenregelung für seine Wiederwahl ausnutzen zu wollen, blies daraufhin - erfolglos - zum Protestmarsch auf den Gouverneurspalast in Lucknow. Sollte aber sein einziges Ziel gewesen sein, dadurch in die Schlagzeilen zu kommen, so ist ihm das gelungen.

Chancen für ein "linkes" Bündnis?

Im November 1995 hatten in Uttar Pradesh auf kommunaler Ebene eine Reihe von Wahlen zu Panchayats (etwa: Gemeinderäte) sowie Bürgermeisterwahlen stattgefunden, die von Beobachtern als Testwahlen für die 'state assembly elections' gewertet werden. Prognosen waren von Verlusten der BJP aufgrund ihrer vorübergehenden Annäherung an die BSP ausgegangen, die die höherkastigen BJP-Wähler nicht tolerieren würden. Während jedoch die BJP bei diesen Wahlen ihre relativ starke Stellung weitgehend behaupten konnte, mußte Mulayams 'Samajwadi Party' (SP) zum Teil herbe Verluste hinnehmen. Es war der BJP offenbar gelungen, die labile Yadav-Dalit-Moslem-Allianz weiter zu schwächen und ihr sogar direkt Wählerstimmen abzuziehen. Sie profitiert dabei vor allem von den traditionellen Sozialstrukturen, in denen auf Dorfebene immer noch die höheren Kasten oft das Wahlverhalten des ganzen Dorfes - meist zugunsten der BJP - beeinflussen. Durch sein hartes Vorgehen gegenüber der Uttarkhand-Unabhängigkeitsbewegung und seine unklare Haltung gegenüber den Moslems hatte Mulayam das Vertrauen von Teilen seiner einstigen Wählerschaft verloren. In dieser Situation ist die SP gezwungen, neue Allianzen und neue Wahlkampfthemen zu suchen - genauso wie die 'Congress'-Partei, deren Premierminister Narasimha Rao mit seiner Tendenz, Probleme auszusitzen zu wollen und vollständig auf die Popularität von Gouverneur Vora zu vertrauen, seiner Partei in Uttar Pradesh die Basis entzieht. Aufgrund der Schwäche der 'Congress'-Partei in Uttar Pradesh gilt eine SP-'Congress'-Allianz als unwahrscheinlich.

In dieser Lage scheint für Mulayam als einzige Option eine Zusammenarbeit mit der marxistischen Linken zu bleiben, die in Uttar Pradesh eine nicht zu unterschätzende Kraft ist. Erste Gespräche von Mulayam mit K.D. Yadav, dem CPI(ML)-Parteiführer in Bihar, haben entsprechende öffentliche Beachtung in der Region gefunden. K.D. Yadav ist für

Mulayam nicht nur aufgrund der gleichen Kasten-Herkunft interessant, sondern vor allem, weil er bisher recht erfolgreich Kanshi Rams Versuchen Paroli bieten konnte, auch in Bihar sich eine Basis in der Dalit-Wählerschaft aufzubauen. Auch von Seiten der CPI(M), der zweiten marxistischen Fraktion, gibt es ein Interesse am Aufbau einer "third front" unter Einschluß der 'Janata Dal' und regionaler Parteien wie der SP. Diese könnte sich bei den Wahlen angesichts der jüngsten Korruptionsskandale, in die vor allem die etablierten Parteien 'Congress' und BJP verwickelt sind, gewisse Chancen ausrechnen. Seit kurzem sucht Mulayam auch wieder den Dialog mit seinem persönlichen Rivalen Laloo Prasad Yadav, der als Chief Minister von Bihar und neu gewählter Parteichef der 'Janata Dal' deren starker Mann ist. Sollten diese Annäherungsversuche Bestand haben, würde dies die Chancen der "third front" sicherlich verbessern.

Für die Marxisten dagegen ist Bedingung für eine wie auch immer aussehende Unterstützung Mulayam Singh Yadavs, daß dieser sich nach seinem überharten Vorgehen in Uttarkhand, wo er auf Demonstranten der Unabhängigkeitsbewegung hatte schießen lassen, glaubhaft vom undemokratischen "Saulus" zum "Paulus" wandelt.

Gerechtigkeit • Frieden • Umweltpolitik

Faltbätter zu aktuellen Fragen des Nord-Süd-Konflikts. Ein Thema wird auf vier bis sechzehn

Seiten dargestellt in Text, Karikatur und Schaubild.

Themen: Armut, Welthandel, Landwirtschaft, Entwicklungshilfe, Lebensstil, Menschenrechte, Ökologie und Ökumene.

Hinweise auf weiterführende Literatur, Filme und Kontaktadressen in jeder Nummer. Rund 80 Ausgaben sind im Angebot. Erscheint monatlich.

Für Unterricht, Diskussion und Aktion



Bestellen Sie ein Probeheft!

Abonnement: 42,- DM
epd-Vertrieb, Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt